

## Wie weiter nach dem 03.04. 2004 ?

„Es muss Schluss sein mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet.“

M. Sommer am 03.04. 2004 in Berlin

„Agenda 2010 schadet der Konjunktur“

L.Bsirske am 03.04.2004 in Stuttgart

„Ein Politikwechsel ist nötig“

„Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik die Arbeitslose abstrafte und den Sozialstaat demontiert“

Peters am 03.04. in Köln

**Na also – da sind wir uns ja alle einig!  
Und wie geht's jetzt weiter?**

- Für Wirtschaft und Politik werden abhängig Beschäftigte und EmpfängerInnen von Sozialversicherungsleistungen zu Standortnachteilen.
- In den Medien wird höchst wirkungsvoll das Märchen von der angeblichen Unbezahlbarkeit der Rentenversicherung und der Fettlebe der RentnerInnen in die Welt gesetzt.

**\*(Durchschnittsrente im Westen: 978 € für Männer und 479 € für Frauen, Durchschnittsrente im Osten: 1031 € für Männer, 655 € für Frauen – so werden RentnerInnen verwöhnt...).**

Alt und Jung, Arbeitsplatzbesitzer und Erwerbslose werden gezielt gegeneinander ausgespielt um vom eigentlichen Skandal abzulenken,

der gezielten Demontage des Sozialstaates zugunsten der Gewinnmaximierung der Wirtschaft.

Seit Verkündung der Agenda 2010 vor einem Jahr sanken statt der Arbeitslosenzahlen ausschließlich die Reallöhne und die Stimmung bei Erwerbslosen, abhängig Beschäftigten und RentnerInnen.

**So geht's nicht!**

**Wir fordern:**

- ✓ Ausbau des Sozialstaates, gerechtere Steuerpolitik, mehr und bessere Arbeitsplätze
- ✓ ein öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 75 Mrd.€
- ✓ Stopp der Privatisierung „öffentlicher Güter“
- ✓ Grundsicherung für alle
- ✓ Ein Steuersystem entsprechend der Leistungsfähigkeit
- ✓ Für Konzerne die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern oder Entlassungen vornehmen: Rückzahlung der staatlichen Subventionen!

Wir vom „Forum Linker Gewerkschafter OWL“ wollen ökonomische und politische Alternativen zur Demontage des Sozialstaates erarbeiten. Wir treffen uns alle 4 Wochen freitags in der „Weberei“ in Gütersloh. Nächster Termin: 28. Mai um 18.00 Uhr

Kontakt: Rainer Johanterwage – [rajoha@t-online.de](mailto:rajoha@t-online.de)  
Fritz Ludwig – [fritzludwig@web.de](mailto:fritzludwig@web.de)

FORUM LINKER GEWERGSCHAFTER OWL Solikonto: 1826510 –BLZ :47853520 KSK Wiedenbrück

Sozialis-  
mus!

## WIE WEITER NACH DEM 03.04.2004

### Sozial is' muss !!!

#### Lieber ZaunkönigIn als RentnerIn

##### Berlin:

M.Sommer:

*„Es muss Schluss sein mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet.“*

##### Stuttgart:

L.Bsirke

*„Agenda 2010“ schadet der Konjunktur“*

##### Köln:

*Huber und Peters (IGM) danken den Beteiligten. „Ein Politikwechsel ist nötig.“ „Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik, die Arbeitslose abstruft und den Sozialstaat demontiert. Den sozial Schwachen muss geholfen werden.“*

Während der Zaunkönig sich des Lebens als „Vogel des Jahres“, erfreuen kann, zählt wohl die Spezies der zukünftigen und jetzigen RentnerInnen zu den „Gerupften des Jahres“. Für Politik und Wirtschaft mutieren abhängig Beschäftigte, EmpfängerInnen von Sozialversicherungsleistungen zu „Standortnachteilen“, „Öffentlichkeitswirksam“ wurde die angebliche Unbezahlbarkeit der Rentenversicherung und Fettlebe der RentnerInnen in Szene gesetzt. Auch Sozialversicherungen wurden von gesellschaftlichen Errungenschaften zu „Standortnachteilen“, umdefiniert. Gezielt wurden Alte und Junge, Arbeitende und Arbeitslose... gegeneinander ausgespielt und das Ende der gesetzlichen Rentenversicherung propagiert. Private Vorsorge wurde zum Muss für einen Lebensabend in Würde erklärt. Fragt sich nur, wer sich das bei sinkenden Reallöhnen und Massenarbeitslosigkeit leisten können. Aber das interessiert Politik und Wirtschaft nicht. Maximale Gewinne der Wirtschaft sind das Ziel. Das Programm der Umverteilung von Unten nach Oben wurde Agenda 2010 getauft und von allen Parteien und der Wirtschaft gemeinsam durchgesetzt.

Beschlossen wurde :

- \* RentnerInnen müssen ab dem 1. April 2004 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung bezahlen. Bisher mussten sie nur die Hälfte des Beitrages von 1,7 Prozent tragen.
- \* Ab Ende März wird die Auszahlung der Rente vom 30. auf den 31. des jeweiligen Monats verschoben.
- \* Ab dem 1. April erhalten NeurentnerInnen die 1. Rentenzahlung erst am Ende des Monats.
- \* Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 fällt aus. Das Jahr 2004 wird als das erste Jahr mit einer auch nominalen Rentensenkung in die Geschichte eingehen.
- \* Ab 2005 soll ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt werden. Bei den jährlichen Rentenanpassungen wird dadurch das Zahlenverhältnis von Erwerbstätigen und RentnerInnen berücksichtigt. Praktisch werden damit die RentnerInnen von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt und müssen Kaufkraftverluste hinnehmen. Angepeilt ist die Absenkung des Bruttorentenniveaus von 53 auf 46 Prozent.

- \* Das frühest mögliche Renteneintrittsalter nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit soll von 2006 bis 2008 schrittweise von 60 auf 63 Jahre erhöht werden.
- \* Zeiten der schulischen Ausbildung sollen ab dem Jahr 2005 nicht mehr auf die Höhe der Rente angerechnet werden. Bisher werden 3 Jahre schulische Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr angerechnet. Mit dieser Regelung verliert ein abhängig Beschäftigter mit einer dreijährigen schulischen Ausbildung mit einem Schlag 58,80 Euro monatlichen Rentenanspruch.
- \* Seit dem 1. Januar müssen auf Betriebsrenten die vollen Krankenkassenbeiträge bezahlt werden. Die Nettoauszahlungen verringerten sich für die Betroffenen um bis zu 7,5 Prozent.

Aber auch diese Kürzungen genügen der Wirtschaft noch nicht. In seiner „Agenda 2004“ fordert Arbeitgeberpräsident Hundt u.a.:

- \* Konzentration der Hinterbliebenenversorgung (Witwen- und Waisenrenten) auf Fälle, in denen ein sozialer Ausgleich erforderlich ist.
- \* Die Rücknahme der außerordentlichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zum 1. Januar 2003. Soll heißen: Besserverdienende sollen verstärkt von der Rentenversicherungspflicht befreit werden.
- \* Die Abschaffung der Rente für Schwerbehinderte.
- \* Heraufsetzung der Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn, ggf. schrittweise, von 0,3 auf 0,5 Prozent pro Monat.

##### **So werden RentnerInnen „verwöhnt“!**

Rentner aus Westdeutschland bekommen durchschnittlich 978 Euro Rente im Monat, Rentnerinnen 479 Euro.

Rentner aus Ostdeutschland bekommen im Durchschnitt 1031 Euro an Monatsrente, Rentnerinnen 655 Euro (Stand 31.12.2003)

Die Willfähigkeit von PolitikerInnen bei der Umsetzung von „Vorschlägen“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände lässt Böses erahnen.

ZaunkönigInnen wurden wegen ihrer Schutzwürdigkeit zum Vogel des Jahres. Mit der Schutzwürdigkeit jetziger und zukünftiger RentnerInnen-Generationen sieht es wohl eher schlecht aus. Ja schlecht sieht es aus – außer wenn sich die Betroffenen gemeinsam gegen den Sozialabbau wehren und ihre Interessen offensiv vertreten!

#### **Satzung der IGM - § 2 Aufgaben und Ziele**

Die IG Metall hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern. Ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien hat sie jederzeit zu wahren. Sie bekennt sich zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung der BRD und setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein. Sie fördert aktiv die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft.

Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).

# Agenda Sozialabbau

Seit Verkündung der Agenda 2010 vor einem Jahr sanken statt der Arbeitslosenzahlen ausschließlich die Reallöhne und die Stimmung bei den Erwerbslosen, abhängig Beschäftigten und RentnerInnen. Auch wenn es nicht stimmungsaufhellend wirkt, möchten wir an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Beschlüsse der Agenda 2010 dokumentieren.

## Kürzungen

### bei der

#### Krankenversicherung

- >Der Zahnersatz gehört ab 2005 und das Krankengeld ab 2007 nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. JedeR muss sich dann privat gegen diese Risiken versichern.
- >Patienten sollen generell 10% der Medikamentenkosten, mindestens 5 Euro, maximal 10 Euro, tragen.
- >10 Euro Eintrittspreis werden seit dem 1. Januar bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung je Quartal und Behandlungsfall fällig. Erfolgt eine Behandlung beim Facharzt auf Überweisung, entfällt dort die Zuzahlung.
- >Bei Heil- und Hilfsmitteln, häuslichen Pflegeleistungen und Fahrten in Kranken- und Notfallwagen sind ebenfalls je 10 Euro zu zahlen.
- >Bei Krankenhausaufenthalten fallen täglich 10 Euro Gebühr für maximal 28 Tage pro Jahr an.
- >Nicht mehr bezahlt werden:  
nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Taxifahrten zur ambulanten Behandlung, das Sterbegeld, Sterilisation aus nicht-medizinischen Gründen und das Entbindungsgeld. Sehhilfen erstattet die Kasse nur noch für Jugendliche bis 18 und schwer Sehbehinderte.
- >Alle bisherigen Kostenbefreiungen (auch die der RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen) verloren ihre Gültigkeit. Auch chronisch Kranke und SozialhilfeempfängerInnen müssen die Zuzahlungen leisten. Dafür sind Obergrenzen vorgesehen: Bei chronisch Kranken 1 Prozent des Jahreseinkommens, bei allen anderen zwei Prozent. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind weiterhin befreit.

## Kürzungen

### bei den

#### Erwerbslosen

- Ende Februar 2003 stehen im Arbeitsamtsbezirk Herford für 27.730 Arbeitslose 1.115 gemeldete Stellen zur Verfügung. Bundesweit gibt es 4,641 Millionen registrierte Arbeitslose bei 309.064 offenen Stellen. Die meisten angebotenen Stellen sind schlecht bezahlte Jobs ohne Tarifbindung, Minijobs oder Zeitarbeitsplätze. Die reale Zahl der Erwerbslosen wurde durch mannigfaltige Tricks herunterdefiniert.
- >Seit dem 1. Januar 2004 ist die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate begrenzt und für über 55jährige auf 18 Monate reduziert. Vorher hatten Arbeitslose ab 45, je nach Lebensalter, einen Anspruch bis zu 32 Monaten.
  - >Das Arbeitslosengeld II soll ab dem 1.1.2005 die bisherige Arbeitslosenhilfe „ersetzen“. Es ist der Sozialhilfe angeglichen und beträgt mtl. 345 Euro plus Erstattungen für Wohnen und Heizen. In den ersten beiden Jahren des Bezuges gibt es noch Zuschläge (+160/+80 Euro).
  - >Arbeitslosengeld II kann bezogen werden, wenn das eigene „Vermögen“ ausgegeben ist. Das betrifft auch private Lebens- und Rentenversicherungen. Ausgenommen sind die Riester-Rente, selbst genutzter Immobilienbesitz bis zu einer bestimmten Quadratmeterzahl und ein „Schonvermögen“ von 400 Euro pro Lebensjahr.
  - >BezieherInnen von Alg II müssen außerdem jede legale Beschäftigung annehmen, auch Minijobs oder Zeitarbeit. Mindestlöhne gibt es nicht. Bei Ablehnung einer angebotenen Beschäftigung wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten um 30 Prozent gekürzt. Bei weiteren Ablehnungen kann das Alg II in 2 Schritten jeweils um weitere 30 % gekürzt werden.
  - >Lehnen junge Menschen unter 25 ein Angebot ab, so wird das Alg II für die Dauer von 3 Monaten vollständig gekürzt.

## Alternativen:

### Ausbau des Sozialstaates, gerechtere Steuerpolitik, mehr und bessere Arbeitsplätze.

- > ein öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 75 Mrd. €
- >Stopp mit der Privatisierung „öffentlicher Güter“.
- >Grundsicherung für alle.
- >Ein Steuersystem entsprechend der Leistungsfähigkeit.
- >Subventionen für die Konzerne sind mit Zinsen zurückzuzahlen, wenn diese ins Ausland gehen oder nur Entlassungen vornehmen.
- >Weg mit der Modelregion.
- >Der Jugend eine Zukunft.

Wir vom „Forum Linker Gewerkschafter OWL“ haben uns zum Ziel gesetzt, über diese Themen zu diskutieren und ökonomische und politische Alternativen auszuarbeiten.

Wir treffen uns alle 4 Wochen freitags in der ‚Weberei‘ in Gütersloh. Nächster Termin ist der 28. Mai 2004 um 18.00 Uhr.

Kontakt: Rainer Johanterwage

e-mail: [rajoha@t-online.de](mailto:rajoha@t-online.de)

Fritz Ludwig

e-mail: [fritzludwig@web.de](mailto:fritzludwig@web.de)